

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS
LISSABON, 7-8 DEZEMBER 2018**

GERECHT

FREI

NACHHALTIG

**Unser progressives
Europa**

AUFLÖSUNGEN



www.pes.eu
www.facebook.com/PES.PSE
www.twitter.com/PES_PSE

#ProgressiveEurope

GERECHTE GESELLSCHAFTEN: Progressive Wirtschaft

Die Europäische Union hat eine der weltweit am weitesten entwickelten Wirtschaften, und ist die fairste und gerechteste Region der Welt. Sie wird durch ein einzigartiges Wirtschaftsmodell definiert, welches Wirtschaftsdynamik mit Sozialschutz verbindet und Wohlstand, Integration und Zusammenhalt mit sich gebracht hat. Menschen können auf dem gesamten Kontinent reisen, arbeiten und studieren. Sie können einfacher als jemals zuvor Geschäfte führen und Transaktionen abschließen. **Dieses Modell, das unseren Kontinent gestaltet hat, ist jedoch bedroht und muss weiter verbessert werden. Die jüngste Krise hat bestimmte Mängel offengelegt, die wir beheben wollen, damit wir Schutz für alle bieten können.** Vor dem Hintergrund eines vielfachen gesellschaftlichen Wandels, darunter Globalisierung, Digitalisierung, technologischer Fortschritt, Klimawandel und Energiewende, **bleibt es unsere Hauptaufgabe, die Gerechtigkeit in diesen Veränderungen zu bewahren**, sodass der technologische und wirtschaftliche Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt führt.

Wir wollen auf ein neues Wirtschaftsmodell hinarbeiten, das seinen Schwerpunkt auf sozialen Fortschritt, Gleichstellung der Geschlechter, Achtung der Menschenrechte und nachhaltiges Wachstum legt, dem das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt und das in Übereinstimmung mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der UN arbeitet. Das bedeutet die **Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze** und Wohlstand mit prosperierenden kleinen und mittelgroßen Unternehmen, Genossenschaften und eine wiederbelebte Industriepolitik durch führende Forschung und Innovation. Es bedeutet **vollständige** Gleichstellung der Geschlechter und die Nutzung des vollen Potentials von Frauen, insbesondere am Arbeitsmarkt und in Führungspositionen, zu erzielen. Es bedeutet eine **gesunde Umwelt** mit einer echten Strategie für grünes Wachstum für eine nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen. Es bedeutet außerdem **gleichberechtigtere und gerechtere Gesellschaften** mit einer besseren und breiter angelegten sozialen Absicherung sowie eine zukunftsorientierte Strategie für soziale Investition zu gestalten.

Heutzutage ist eine der wichtigsten Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss, die **zunehmende Ungleichheit** – die wachsende Kluft zwischen den Reichen und Armen in unseren Gesellschaften und zwischen unseren Ländern. Die reichsten 1 % Europas besitzen beinahe ein Drittel des europäischen Vermögens, während die ärmsten 40 % weniger als 1 % dieses Vermögens besitzen. 2015 waren fast 120 Millionen Menschen in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Das ist beinahe ein Viertel der gesamten EU-Bevölkerung. **Wir nehmen Ungleichheiten nicht als unvermeidbar hin.** Sie werden durch konkrete politische Entscheidungen in unserer wirtschaftspolitischen Steuerung, unseren Arbeitsmarktinstitutionen, unseren Steuersystemen und der Art und Weise, wie der Finanzsektor agieren darf, verursacht und verschärft. **Ungleichheiten können überwunden werden; dafür sind jedoch Änderungen und Reformen auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich.** Dies muss unsere Priorität für einen grundsätzlichen Wandel zu einer wohlhabenderen und inklusiven Gesellschaft sein.

Wir wollen das Wirtschaftskonzept in Europa ändern. Die Austeritätspolitik hat Wirtschaftssysteme, Gesellschaften und Regierungen enorm unter Druck gesetzt. Sie hat Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit und Armutsquoten erhöht. Diese Politik hatte die Schließung von Geschäften, die Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Verringerung ihres täglichen Warenkorbs und Einschränkungen bei den öffentlichen Diensten zur Folge.

Aus all diesen Gründen **wollen wir dieser Politik, bei der es nur um Sparmaßnahmen geht, ein Ende setzen.** Unser Wirtschaftswachstumsmodell kombiniert Verantwortung, Flexibilität und Investition. Diese drei Aspekte ergänzen sich gegenseitig und sind sowohl für wirtschaftliches Wachstum als auch für sozialen Zusammenhalt von entscheidender Bedeutung. Öffentliche Finanzen müssen verantwortungsvoll verwaltet werden; diese Verantwortung hat jedoch zwei Seiten. Eine Seite ist die **Verwaltung der öffentlichen Haushalte**, um sie auf einem nachhaltigen Niveau zu halten. Die andere ist die **Aufrech-**

terhaltung angemessener sozialer Sicherung und Erfüllung zukünftiger gesellschaftlicher Bedürfnisse mithilfe **gezielter Investition in Humankapital und strategische sowie soziale Infrastruktur**. Keines dieser Elemente darf außer Acht gelassen werden.

Die bestehenden europäischen Haushalts- und finanzpolitischen Vorschriften sind nicht an diesen Zielen ausgerichtet. **Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, ihre Politik und Reformen rechtzeitig und nach den Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen**. Eine effiziente Verwaltung öffentlicher Ausgaben konzentriert sich nicht nur auf Zahlen, sondern auch auf die Qualität der Mittelverwendung und darauf, wie integratives Wachstum auf nachhaltige Weise gefördert werden kann. Leider war die Antwort der Konservativen auf die Finanzkrise der ausschließliche Fokus auf monetäre Stabilität, wodurch die soziale und politische Stabilität zu einem rein kosmetischen Ziel geworden ist. **Unserer Überzeugung nach kann Wachstum und Wohlstand nur dann erzielt werden, wenn monetäre, soziale und politische Stabilität gewährleistet ist**.

Die EU muss sich sowohl Stabilität als auch nachhaltigem Wachstum verpflichten. Das wichtigste Ziel besteht darin, Wohlstand und Wohlbefinden für alle zu bieten. Die wirtschaftspolitische Steuerung muss ausgeglichener sein. Es ist untragbar, dass

Haushaltsrichtlinien nur Kürzungen und nicht auch Ausgaben als Wirtschaftsfaktor berücksichtigen. Europa befindet sich momentan in einer außergewöhnlichen Lage. Die Zinssätze werden absichtlich sehr niedrig gehalten. Mit einer Kombination progressiver Reformen, höherer Investitionen und der Geldpolitik der EZB können wir die Wirtschaft umgestalten, neue Wachstumsmöglichkeiten erschließen und bestehende weiterentwickeln. Dies ist eine Sache des politischen Willens.

Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen etwas zurückgibt. Dafür müssen wir sowohl öffentliche als auch private Investitionen zusätzlich ankurbeln, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Vereinbarung eines europäischen Investitionsplans, die von unserer politischen Familie veranlasst wurde, war ein erster großer Schritt in diese Richtung. **Europa muss soziale Investition zum Schwerpunkt seiner Strategie machen**. Die Wirtschaft muss die Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse sowie die Förderung von Zusammenhalt, Gleichberechtigung und Wohlbefinden in den Vordergrund stellen.

Wir wollen öffentliche Investitionen fördern, damit gerechtere Gesellschaften und nachhaltiges Wirtschaftswachstum realisiert werden können. Die Investitionen unterschreiten heute noch immer das Vorkrisenniveau. Europa muss diese Inves-



titionslücke schließen. **Spezifische Instrumente wie beispielsweise die „goldene Regel“**, wonach produktive öffentliche Investitionen nicht in Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten eingerechnet werden, sind **zur Erhöhung öffentlicher Investitionen erforderlich**. Die Investition in ein Programm, mit dem Arbeitslose wieder eine Arbeit finden, führt beispielsweise zu Kosten, bringt aber auch enorme Vorteile für die Beteiligten (2016 war einer von fünf der 25-29-jährigen nicht in Beschäftigung oder schulischer oder beruflicher Ausbildung) sowie für die Wirtschaft und den Staatshaushalt. Diese positiven Renditen müssen daher mithilfe dieser goldenen Regel oder ähnlicher Instrumente anerkannt werden.

Private Investitionen müssen ebenfalls unterstützt werden. Investition geht Hand in Hand mit der Stärkung der Integration im europäischen Binnenmarkt. **Eine Investitionsstrategie** muss ihren Schwerpunkt auf der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, der Erhöhung des Lebensstandards und der Förderung eines fairen, nachhaltigen und zusammenhaltfördernden Wachstums und eines ökologischen Wandels legen. Unternehmen, insbesondere KMU und Kleinstunternehmen, brauchen mehr Zugang zu Finanzierungsmitteln. Investorenverantwortlichkeit ist von entscheidender Bedeutung, besonders wenn private Investitionen öffentliche Unterstützung erhalten.

Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft. Das neue europäische Wirtschaftsmodell muss **sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Stabilität** auf der Grundlage der ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance) kombinieren. **Der Finanzsektor muss einen Beitrag zum Übergang auf eine kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Wirtschaft leisten**, und zwar mit mehr Transparenz und besseren Finanzprodukten. Das reicht aber nicht. Wir brauchen neue staatliche Ausgabe **grüner Finanzinstrumente auf EU-Ebene**, damit dieser Übergang erfolgen kann.

Wir wollen eine Wirtschaft, die niemanden zurück lässt. Die Sozial- und Wirtschaftsreformen der Mitgliedstaaten müssen koordinierter erfolgen, um **größere interne Angleichung nach oben** im Hinblick auf Investition, Produktivität, Schaffung von Arbeitsplätzen, Löhne, Steuern und Sozialleistungen zu gewährleisten. Die Harmonisierung von Strategien ist kein Selbstzweck; es geht darum, **zu verhindern, dass Europa in einem uneinheitlichen Tempo mit zunehmenden Ungleichheiten arbeitet.** Es geht um die **Verhinderung von Sozial- und Steuerdumping und Gewinnverschiebung.** Daher ist es wichtig, die richtigen gemeinsamen Ziele zu setzen und gemeinsames Handeln sicherzustellen. **Nachhaltiges Wachstum und sozialer Zusammenhalt müssen diese Bemühungen vorantreiben.** Die Länder der Eurozone haben besondere Chancen und Schwierigkeiten in dieser Hinsicht, doch bisher fehlen der

Eurozone die entsprechenden Instrumente, um ihre Ziele zu erreichen. Wir fordern daher eine **grundlegende und ehrgeizige Reform der Eurozone. Ein Haushalt für die Eurozone muss zur Förderung der Angleichung nach oben genutzt werden.** Dies ist der richtige Weg, um dafür zu sorgen, dass es nicht zu einem Rückgang der Investitionsniveaus (vor allem der sozialen Investitionen) kommt, und dass die nationalen Arbeitslosenleistungssysteme unterstützt werden. **Wir wollen die Kosten von Staatsschulden mithilfe neuer Solidaritätsinstrumente auf nachhaltige und gerechte Weise senken**, damit die Finanzstabilität wiederhergestellt und unsere Sozialmodelle geschützt werden können. Wir müssen diesen Impuls nutzen, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu vervollständigen und die Eurozone zu optimieren.

Wir wollen eine gerechte Wirtschaft. Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um **für gerechte Steuersysteme zu sorgen, die soziale Gerechtigkeit** und die erforderlichen Mittel zur Wahrung unseres Sozialmodells fördern. **Steuerhinterziehung durch Unternehmen, multinationale Konzerne, Banken, juristische Personen und vermögende Privatpersonen schaden unseren Gesellschaften**, verzerren den Binnenmarkt und mindern die Einnahmen, die erforderlich sind, um Bedürftige zu unterstützen und eine robuste Innovations- und Industriepolitik zu betreiben. Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher ist es immer noch möglich, das Land zu wählen, das ihnen die Anhäufung des größtmöglichen Gewinns ermöglicht. Das ist nicht nur unmoralisch, sondern führt auch zu einem schädlichen Wettbewerb im Körperschaftssteuersatz zwischen Ländern, mit unmittelbaren negativen Auswirkungen auf Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und Staatsfinanzen. Wir wollen daher eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in Europa.

Unsere Steuersysteme müssen reformiert werden, damit neue Handelsformen, neue Einnahmequellen und neue Dienstleistungen erfasst werden. Wir als Bürgerinnen und Bürger genießen die Art und Weise, wie die Digitalisierung unser Leben vereinfacht hat; wir müssen jedoch einen kritischen Blick für den Preis wahren, den wir dafür zahlen müssen. **Einige digitale Unternehmen zahlen keine oder fast keine Steuern.** Das bedeutet, dass traditionelle Unternehmen und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Differenz ausgleichen müssen, was zu ungleichen Gesellschaften und großen Einkommensungleichheiten führt. Wir leben in immer vernetzteren Gesellschaften und sich stets weiterentwickelnden Wirtschaftssystemen, aber unsere Steuersysteme sind längst veraltet. **Gerechtere Steuersysteme werden eine gerechtere Einkommensverteilung gewährleisten.**

Um Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu be-

kämpfen, müssen wir **Transparenz und Effizienz erhöhen**. Wir müssen Schlupflöcher im Binnenmarkt schließen, die zu Forum Shopping, Sozialdumping, der Gründung von Briefkastenfirmen, Scheinselbstständigkeit und der Untergrabung von Sozial- und Arbeitsstandards führen. Die Länder müssen steuerbezogene Informationen automatisch austauschen, und Unternehmen und Konzerne müssen offenlegen, wer sie leitet. Wir müssen außerdem Gewinne dort besteuern, wo sie entstehen. **Unternehmen und Banken müssen öffentlich bekanntmachen, wo sie arbeiten und entsprechend ihren gerechten Beitrag zahlen**. Dazu muss ein einziges EU-System zur Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens von Unternehmen eingerichtet werden, wodurch der Verwaltungsaufwand verringert wird. Wir müssen die bestehende Liste von Steueroasen neu prüfen und Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher sowie Unternehmen und Personen, die ihnen bei der Ausarbeitung ihrer Pläne behilflich sind, Sanktionen auferlegen. Schließlich sind in den letzten Jahren dank Zeugenaussagen viele Skandale ans Licht gekommen. **Whistleblower müssen geschützt werden, da sie bei der Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit von unschätzbarem Wert sind**. Die EU muss bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung hohe Maßstäbe setzen; Steuerhinterziehung passiert jedoch auf internationaler Ebene, und daher ist zu ihrer wirksamen Bekämpfung auch eine internationale Strategie erforderlich. Die EU sollte die Einrichtung einer internationalen Organisation, möglicherweise im Rahmen der UN, zur Förderung der sozialen und steuerlichen Gerechtigkeit auf der ganzen Welt unterstützen.

Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht mit Menschenleben spielt. Wir wollen **unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Unzulänglichkeiten des Finanzsektors schützen**. Obwohl mit der Bankenunion bereits wichtige Maßnahmen ergriffen worden sind, gibt es noch viel zu tun. Die Sicherung von Wohlstand ist nicht nur eine Sache der Sicherung einer progressiven Wirtschaftsgovernance; Finanzstabilität ist dabei ebenfalls entscheidend. Verstärkte Regulierung und Überwachung des Finanzsektors ist ebenfalls wichtig. Schließlich war es der Finanzsektor, der die Wirtschaftskrise verursacht hat. Europa schafft ein Rahmenwerk für die Überwachung und Auflösung

von Banken, die sich in Schwierigkeiten befinden; das reicht jedoch nicht. Die EU hat Mechanismen wie zum Beispiel den europäischen Stabilitätsmechanismus eingerichtet, um krisengeschüttelte Wirtschaften zu unterstützen. Dies sollte um Garantien erweitert werden, damit Einlegerinnen und Einleger nicht von den Folgen einer Bankenpleite betroffen sind. **Es waren die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die für die Finanzkrise aufkommen mussten und zu ihrem Schutz muss mehr getan werden**. Das bedeutet eine **stärkere Finanzregulierung**, bessere **Garantien, dass der Bankensektor für angeschlagene Banken aufkommen wird**, und einen besseren **Schutz für Einlegerinnen und Einleger und deren Ersparnisse**, ungeachtet dessen, wo sich ihre Bank befindet. Der Finanzsektor erfordert **mehr unternehmerische Transparenz und Rechenschaftspflicht** zur Bekämpfung von Betrug und Geldwäsche und für einen besseren Verbraucherschutz. Er muss außerdem benutzerfreundlicher werden; jeder muss Zugang zu Informationen und Dienstleistungen haben können. **Die Besteuerung von Finanzgeschäften** würde Finanzspekulationen eindämmen und dafür sorgen, dass der Börsenhandel seinen gerechten Beitrag an die Gesellschaft leistet. Die Einrichtung angemessener Firewalls zwischen Commercial Banking und Investment Banking bleibt eines unserer wichtigsten Ziele zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen eine Wirtschaft, die demokratische Entscheidungen respektiert. Demokratische Rechenschaftspflicht und Verantwortung sind für Europas Integrität von entscheidender Bedeutung. Das gilt für die Gestaltung der Finanz- und Wirtschaftspolitik genauso wie in sonstiger Hinsicht. Der zivile Dialog muss verstärkt und die Demokratie am Arbeitsplatz muss gefördert werden. Europäische Institutionen müssen eine wichtige Rolle in diesen Bereichen einnehmen, um sicherzustellen, dass sie zum Vorteil aller europäischen Bürgerinnen und Bürger arbeiten. **Die Rolle des Europäischen Parlaments muss verstärkt werden, um mehr demokratische Rechenschaftspflicht zu fördern**. Die **Eurogruppe kann nicht länger nur eine informelle Institution ohne parlamentarische Kontrolle bleiben**. Sie muss **einen ständigen Vorsitzenden erhalten, der eine Doppelfunktion als Mitglied der Europäischen**

Kommission ausübt und dem Europäischen Parlament gegenüber voll rechenschaftspflichtig sein.

Die Europäische Union ist die beste Garantie für eine erfolgreichere und gerechtere Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Kontinents. Es steht jedoch klar, dass dafür der wirtschaftliche und finanzielle Politikansatz geändert werden muss. Der konservative und liberale Ansatz auf der Grundlage von Austeritätspolitik treibt Menschen, Regionen und Länder auseinander. **Was für uns zählt, sind Schritte in Richtung solidarischer und gerechter Gesellschaften.**

Um unsere progressiven Ziele zu erreichen, **muss der langfristige EU-Haushalt für 2021 bis 2027 ambitioniert sein und eine klare und langfristige Vision der Zukunft der Union reflektieren.** Um auf die Bedürfnisse, Bedenken und Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger reagieren zu können, muss der Haushalt der Union die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um große Herausforderungen zu meistern und ihre politischen Prioritäten und Ziele innerhalb der nächsten sieben Jahre verwirklichen zu können. Es ist nicht akzeptabel, dass die wichtigsten Solidaritätsmechanismen der EU aufgrund von drastischen Kürzungen geschwächt werden. **Die EU muss ihrer Verpflichtung nachkommen, die Europäische Säule sozialer Rechte umzusetzen und bei der Realisierung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der UN der Spitzenreiter zu sein.** Die Einbeziehung dieser Ziele in sämtliche Politik und Initiativen der EU für den nächsten langfristigen Haushalt ist daher wichtig. Um die europäischen Herausforderungen zu bewältigen, sind neue Eigenmittel zur Finanzierung des EU-Haushalts notwendig. Sie könnten den Anteil aktueller nationaler Beiträge senken.

Wir möchten, dass die Wirtschaft auf eine Weise wächst, die allen zugutekommt. Sie muss der Motor sein, der positive soziale, industrielle und ökologische Änderungen bringt. Unser Wirtschaftsmodell bietet die Flexibilität, um diese Herausforderungen zu meistern. Es bietet die finanziellen Mittel, um die richtigen Investitionsentscheidungen zu treffen. Es hat die Verantwortung gegenüber heutigen und zukünftigen Generationen. **Als die Sozialdemokratische Partei Europas sind wir bereit, diese Herausforderung für ein wirklich progressives Europa anzunehmen, das gemeinsamen Wohlstand schafft.**

In diesem Beschluss haben wir den Fokus insbesondere auf Prioritäten für eine progressive Wirtschaft gesetzt. Er geht Hand in Hand mit den anderen Beschlüssen für diesen SPE-Kongress, die unser Engagement und unseren Plan für ein soziales Europa, für eine starke Jugend, eine gesunde Umwelt und moderne Industrien, eine echte Gleichstellung der Geschlechter, eine faire Welt, eine progressive Asyl- und Migrationspolitik und die Stärkung der Demokratie in Europa bekräftigen.



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium SPA



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD
Partito Democratico



Italy PSI
Partito Socialista



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N.Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA
PRACY



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

If you have any questions or comments about our work on inequalities,
please contact PES.Women@pes.eu

Follow us on www.facebook.com/pes.pse
and www.twitter.com/pes_pse.

Party of European Socialists (PES)

**10 – 12 Rue Guimard
1040 Brussels
Belgium**

**T +32 2 548 90 80
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032**

This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein. This Brochure was printed on a recycled paper with environmental safe water based inks.

December 2018